Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 30 (1973)

Heft: 3

Rubrik: Umweltschutz international

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umweltschutz international

August-Lösch-Preis der Stadt Heidenheim

Zur Förderung der Regionalwissenschaft hat die Stadt Heidenheim an der Brenz im Jahre 1971 einen mit jährlich 5000 DM dotierten Preis gestiftet. Der nach dem Heidenheimer Bürger August Lösch (1906—1945) benannte Preis soll alle zwei Jahre an einen oder mehrere Autoren für hervorragende regionalwissenschaftliche Abhandlungen in deutscher Sprache verliehen werden. August Lösch, ein Schüler des deutschen Nationalökonomens Josef Schumpeter, hat mit seinem Hauptwerk «Die räumliche Ordnung der Wirtschaft» die theoretischen Grundlagen für die Stadt- und Landesplanung gelegt. Die Arbeit war zunächst in den USA erschienen, in den sechziger Jahren in Deutschland »wiederentdeckt« und allmählich in die Grundlagenarbeit der aktuellen Stadt- und Landesplanung einbezogen worden.

Der Preis wird erstmals anlässlich der August-Lösch-Tage in Heidenheim am 6./7. September 1973 verliehen. Regionalwissenschaftliche Abhandlungen, die der Auswahlkommission bis spätestens am 30. April 1973 vorliegen müssen, werden für diese erstmalige Preisverteilung in Betracht gezogen.

Die Arbeiten sind an folgende Adresse einzusenden:

Stadt Heidenheim an der Brenz — Der Oberbürgermeister —, Auswahlkommission für den August-Lösch-Preis, D-7920 Heidenheim, Postfach 1146.

Waschmittel sollen umweltfreundlicher werden

vwd. Die Bundesregierung der BRD will auf dem Verordnungswege die Verwendung umweltfeindlicher Waschmittelzusätze verhindern. Wie Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher in der Bundestagsfragestunde auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen erklärte, bereitet sie eine Rechtsverordnung über die Beschränkung oder das Verbot umweltschädlicher Waschmittelzusätze vor. Ausserdem prüfe sie, ob und wie eine Registrierungspflicht für Inhaltsstoffe der Wasch- und Reinigungsmittelindustrie eingeführt werden könne. Die Entwicklung umweltfreundlicher Ersatzstoffe als Zusätze für Waschmittel solle mit Bundesmitteln gefördert werden.

Neu bei der BASF: Bereich Umwelt

vwd. Die BASF hat jetzt innerhalb des Ressorts Technik einen neuen Bereich geschaffen, in dem drei Abteilungen zusam-

mengefasst sind: den Bereich «Umwelt». Er wurde ins Leben gerufen, um die Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu optimieren. Ausserdem wird mit dieser organisatorischen Massnahme die bestmögliche Koordination aller Tätigkeiten auf dem Gebiet der Umweltverbesserung angestrebt.

Leiter des neuen Bereichs ist Direktor Dr. Hans-Joachim Frost. Dr. Frost, der auf den Gebieten Umweltschutz und Arbeitssicherung internationale Anerkennung gefunden hat, ist unter anderem Vorsitzender des «Arbeitskreises für Fragen der Wasser- und Luftreinhaltung» (Round Table for Water Problems and Air Pollution) der Europäischen Chemieverbände (CEFIC), Mitarbeiter der «Vereinigung der Industrien innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» (Union des industries de la communauté européenne) und Vorsitzender des «Deutschen Ausschusses für brennbare Flüssigkeiten» (DABF).

Zum neuen Bereich «Umwelt» gehören die Abteilungen Sicherheit und Arbeitsschutz (Dipl.-Ing. Walter Birkhahn), Emissionsüberwachung (Dr. Hubert Suter) sowie Entsorgung (Dipl.-Ing. Heinz Leib). Die Zuständigkeit des Bereichs ist nicht nur auf den Standort Ludwigshafen beschränkt.

ICI-Abgasentgiftungssystem «weiterhin am vielversprechendsten»

vwd. Trotz entgegengesetzter Behauptungen sei bisher noch kein Katalysatorensystem zur Entgiftung von Autoabgasen entwickelt worden, das völlig zufriedenstellend arbeite. Das vielversprechendste System, das bis jetzt die besten Aussichten habe, den Erfordernissen der für 1976 geplanten amerikanischen Abgasbestimmungen zu entsprechen, sei das von ICI entwickelte, das auf zwei Katalysatoren basiere. Das erklärte der Technische Direktor des britischen Automobilkonzerns British Leyland, Dr. Fogg, in einem Journalistengespräch.

Bei dem von ICI in Zusammenarbeit mit British Leyland entwickelten System besorgt ein Katalysator die Verbrennung von Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffen. Er soll Platin oder Palladium enthalten, jedoch in geringerer Menge als bei Konkurrenzsystemen. Der zweite Katalysator für die Beseitigung der Stickoxide enthält dem Vernehmen nach ein Schwermetalleisen, Nickel oder Kobalt.

Das Hauptproblem bei diesem System liegt nach den Worten Foggs darin, eine Form für die Katalysatoren zu finden, die gegen-

über den grossen und häufigen Temperaturschwankungen und ständigen Vibrationen widerstandsfähig sind. Weder Katalysatoren-Kügelchen noch -Matrizen hätten die von der amerikanischen Umweltschutzbehörde ursprünglich vorgeschriebene Lebensdauer von 50 000 Meilen erreicht. Ein weiteres Problem sei die Beeinträchtigung der Katalysatoren durch das Blei im Benzin. Um diesen Faktor auszuschalten, müsse der gegenwärtige Bleigehalt im Auto-Kraftstoff daher um mindestens die Hälfte reduziert werden.

Phenolhaltige Abwässer können jetzt vernichtet werden

vwd. Die Nord Carbon GmbH, Elisabethfehn, Oldenburg, bedeutendster Hersteller von Torfkoks, ist jetzt zur thermischen Vernichtung des bei der Produktion anfallenden stark phenolhaltigen Schwelwassers und des Torfteeröls übergegangen. Die Verbrennung dieser Abfälle erfolgt in einer von der H. Saacke KG, Bremen, gelieferten Anlage, die mit Temperaturen von 1200 °C gefahren wird. Pro Stunde werden 2,6 m³ Schwelwasser verbrannt und dabei in für die Umwelt unschädliche Bestandteile zerlegt. Auch das Problem der Beseitigung der stark verunreinigten und sandhaltigen Torfteers ist mit nach dem Dreh-Zerstäuber-Prinzip arbeitenden Saacke-Brennern gelöst. Der Uebergang zur thermischen Vernichtung von Abfallprodukten durch die Nord Carbon war erforderlich geworden, nachdem die Behörden ein Verrieseln des Schwelwassers untersagt hatten.

Kraftstoffverbleivungsvorschriften der USA veröffentlicht

vwd. Die USA-Umweltschutzbehörde (EPA) veröffentlichte die seit langem erwarteten Vorschriften über die Verbleivung von Vergaserkraftstoffen. Danach sind ab 1. Juli 1974 alle USA-Tankstellen gehalten, mindestens eine blei- und phosphorfremde Benzinsorte zu führen. Als «blei- und phosphorfremd» gelten Kraftstoffe, die per amerikanische Gallone (3,78 l) höchstens 0,05 g Blei und 0,005 g Phosphor enthalten. Der Treibstoff muss eine Mindestoktanzahl von 91 haben. Gleichzeitig verfügte die Behörde die schrittweise Reduzierung des Bleigehalts sämtlicher Vergaserkraftstoffe zwischen dem 1. Januar 1975 und dem 1. Januar 1978. Von der EPA wurden Gesundheitsgesichtspunkte ausdrücklich als Begründung für diese Massnahme erwähnt. An Kraftfahrzeugen, die mit bleifreien Kraftstoffen gefahren werden können,

muss am Instrumentenbrett und Einfüllstutzen der Hinweis angebracht sein: «Unleaded Gasoline only». Um missbräuchliche Verwendung von verbleiten Kraftstoffen zu vermeiden, schreibt die EPA die Entwicklung speziell dimensionierter Kraftfahrzeug-Einfüllstutzen und Zapfhähne vor. Tankstellen, die keine unverbleiten Kraftstoffe führen, müssen einen gut sichtbaren schriftlichen Hinweis haben, dessen Text von der Behörde verbindlich vorgeschrieben ist. Den Raffineuren wird zur Auflage gemacht, der EPA ab 1. Januar 1975 vierteljährlich einen Bericht vorzulegen, der die genaue Menge der Bleiadditive, der erzeugten verbleiten Benzine sowie den durchschnittlichen Bleigehalt je Treibstoffsorte ausweist.

Die Automobilabgase werden in der Verlautbarung der Umweltschutzbehörde als ein wesentlicher Grund für die Umweltverschmutzung genannt. Bei einer erheblichen Zahl von Stadtbewohnern habe der Bleigehalt in Nahrungsmitteln, des Wassers, der Luft, des Staubes sowie in Farben zu abnormen Bleiwerten im Blut geführt, was die Behörde letztlich zu den neuen Richtlinien zwang. Eine Aenderung der bereits im Februar 1972 erlassenen vorläufigen Vorschriften war nach sorgfältiger Prüfung und Konsultation von Medizinern und Industrie daher punkto der generellen Einführung wenigstens einer bleifreien Benzinsorte ab 1. Juli 1974 nicht möglich. So konnte man sich lediglich zu einer Verschiebung des Inkrafttretens der sukzessiven Verminderung der Bleizusätze in allen anderen Vergaserkraftstoffen um ein Jahr entschliessen.

Der Rhein wird wieder reiner

Mit dem ersten Spatenstich des rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministers Otto Meyer ist der Bau der Gemeinschaftskläranlage der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) und der Stadt Ludwigshafen begonnen worden. Meyer betonte, mit der für Ende 1974 zu erwartenden Fertigstellung des 300-Millionen-DM-Projektes könne die BASF die von der Landesregierung gesetzten Fristen einhalten. Der in dem Anfang 1972 verabschiedeten Fünf-Jahres-Plan festsgelegte Bau von Kläranlagen und Kanalisation in den rheinland-pfälzischen Schwerpunkten der Gewässerverunreinigung werde insgesamt 1 Mia DM kosten. Wie BASF-Vorstandsmitglied Dr. Berthold Frank erläuterte, wird mit dem Bau der Anlage das zehnjährige Abwasser-Sanierungsprogramm der Chemiewerke abgeschlossen sein. Die Kläranlage, die auf Frankenthaler Gebiet liegen wird und in der auch Frankenthals Abwässer gereinigt werden, umfasst fünf Belebungsbecken sowie 15 Becken zum Eindicken und Nachklären.

Das Werk Ludwigshafen der BASF verbraucht jährlich rund eine Milliarde Kubikmeter Wasser für Kühl- und Produktionszwecke. Es wird dem Rhein entnommen und aufbereitet. Rund 80 % davon werden, unbelastet von Schmutz, dem Strom wieder zugeführt. Die restlichen 20 % allerdings fallen als verschmutztes Abwasser an und bedürfen der Klärung. Um Erfahrungswerte zu sammeln und Unsicherheits-

faktoren auszuschalten, wurde am 1. Dezember 1970 eine Versuchskläranlage für etwa zwei Millionen Mark auf dem Gelände der BASF in Betrieb genommen. Auf der Basis dieser Anlage konnte im Frühjahr 1972 eine Aufgabengstellung für die Reinigung des Abwassers formuliert werden. Die Abwässer der BASF und der Stadt Ludwigshafen werden noch innerhalb des Werks einer chemischen Vorbehandlung unterzogen und dabei neutralisiert und dann durch ein Pumpwerk zur Kläranlage transportiert. Die Abwassermengen, die in der Anlage biologisch geklärt werden, betragen im Mittel 8,6 m³/sec. Der in mehreren Verfahrensschritten aus dem Wasser gezogene Schlamm soll in Wirbelschichtöfen bei Temperaturen zwischen 800 und 850 °C verbrannt werden. Schlamm und Flugasche sowie die Schlacke werden auf einer BASF-eigenen Deponie abgelagert. Der Stromverbrauch des Grossprojekts wird bei etwa 125 Mio Kilowatt pro Jahr liegen.

RGW-Länder wollen beim Umweltschutz eng zusammenarbeiten

vwd. Etwa 360 wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, Projektierungs- und Konstruktionsorganisationen der RGW-Länder bearbeiten zurzeit gemeinsam 112 Themen zu Problemen des Umweltschutzes. Dies teilte der DDR-Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Dr. Hans Reichelt, mit. Nach Angaben des Ministers sind innerhalb des RGW auf den einzelnen Teilgebieten Koordinierungszentren geschaffen worden, wobei die DDR die Leitfunktion für den Teilkomplex «Schutz der Atmosphäre vor Verschmutzung durch Schadstoffe» übernommen habe. Durch dieses System würden Parallelentwicklungen vermieden, und die Entwicklungs- und Ueberleitungszeiten könnten verkürzt werden. Für Massnahmen des Umweltschutzes werden in der DDR im laufenden Jahr rund 860 Mio (Ost-)Mark bereitgestellt.

Ankara: Bedrohliche Formen der Umweltverschmutzung

vwd. In Ankara ist eine interministerielle Kommission gebildet worden, die sich mit der Frage der Umweltverschmutzung befassen wird. Es wurde kürzlich festgestellt, dass die türkische Hauptstadt an erster Stelle jener Städte steht, deren Bewohner durch Abgase und sonstige Luftverunreinigung am meisten gefährdet sind. Die Heizung mit Braunkohle, die Abgase der Bahn und der um die Stadt gelegenen Fabriken bringen es mit sich, dass über dem Kessel, in dem Ankara liegt, dauernd eine gelbe und graue Dunst- und Rauchsicht liegt. Wenn nicht schnellstens Abhilfe geschaffen wird, wird jedes Leben in Ankara in zehn Jahren unmöglich sein. Es ist errechnet worden, dass etwa 2 Mio türkische Pfund nötig sein werden, um den Kampf gegen diese Umweltverschmutzung mit Erfolg durchzuführen.

Uno tritt ins Neuland globaler Umweltschutzpolitik

vwd. Die Vereinten Nationen machen in diesem Jahr ihre ersten vorsichtigen Schritte in das Neuland einer globalen

Umweltschutzpolitik. Mit einem Betriebskapital von 100 Mio Dollar für die ersten fünf Jahre richtet die Weltorganisation jetzt das Sekretariat für Umweltschutzfragen ein, das unter Leitung des Kanadiers Maurice Strong steht und mit einem Mitarbeiterstab von 60 Mann bis Oktober in Nairobi aufgebaut sein soll. Die Tätigkeit der Organisation soll aus einem Fonds finanziert werden, der wiederum aus freiwilligen Beiträgen gespeist wird.

Die ersten sachlichen Vorhaben dieses Sekretariats wirken eher bescheiden und wie schüchterne Tastversuche in den Randzonen eines noch unerforschten und undurchsichtigen Gebiets, das möglicherweise voller Tücken und Gefahren steckt. Um wenigstens in der Anfangsphase politischen Konflikten und Reibereien mit Industriekonzerne aus dem Weg zu gehen, hat man alles vermieden, was auch nur entfernt wie Einmischung in den Souveränitätsbereich von Regierungen aussehen oder wie ein Eingriff in die Machtsphären privater Wirtschaftsgruppen wirken könnte. Als eines ihrer wichtigsten Vorhaben bezeichneten die Uno-Umweltschützer das Projekt «Erdenwache»; bis 1974 sollen in zehn geographisch und klimatisch verschiedenen Gebieten zwischen den polaren Eiszonen und dem Tropengürtel Mess- und Kontrollstationen eingerichtet werden. Diese Forschungszentren sollen laufend den Grad der Umweltverschmutzung überwachen und die Ursache der Verschmutzung feststellen.

Beamte des Umweltschutzprogramms planen besondere Gewächshäuser als biologische «Arten-Banken», in denen die Grundtypen von wichtigen pflanzlichen Nahrungsmitteln sozusagen unter Naturschutz gestellt werden sollen, damit die Art mit ihren natürlichen Erbanlagen und in ihrer ursprünglichen Widerstandsfähigkeit erhalten bleibt.

Hinter diesem Projekt steht der Grundgedanke, dass hochgezüchtete Pflanzen, die schneller als ihre Grundtypen wachsen und deshalb ertragreicher sind, in ihrer Existenz gefährdet sind, weil sie viel anfälliger sind gegen Ungeziefer, Krankheiten und Witterungseinflüsse als die Typen, denen sie entstammen. Als besonders schutzbedürftig gelten gewisse afrikanische Hölzer und Getreidearten, Kartoffeln aus den lateinamerikanischen Anden und asiatische Gemüsesorten.

Ein weiteres mit Eifer betriebenes Projekt ist die geplante internationale Datenbank, die Regierungen und Uno-Dienststellen über den Stand der Umweltforschung und -gesetzgebung in der Welt informieren und die auch praktische Erkenntnisse und Managementverfahren speichern soll.

Auf zwischenstaatlichem Gebiet stehen weitere Verhandlungen über internationale Konventionen zur Regelung von Einzelfragen wie die Versenkung von giftigen Abfallstoffen ins offene Meer, die Sicherung von wesentlichen Kultur- und Landschaftsmerkmalen in der Welt und die Erhaltung von Mooren, Sümpfen und Inseln zum Zweck wissenschaftlicher Forschung bevor.